

Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge oder der Eigenanteilszahlungen?

Die Bundesregierung stimmt die Bürger bei Gesundheit, Pflege und Rente auf eine stärkere Eigenbeteiligung ein. In diesen Sozialversicherungszweigen sollen „höhere Anstrengungen von uns allen“ unternommen werden. Die meisten der 84 Millionen Menschen in Deutschland wünschen sich stabile und bezahlbare soziale Leistungen. Wieso diese nicht schnellsten politisch entschieden werden und wieder einmal Kommissionen benötigt werden, bleibt für den Seniorenbeirat der Stadt Neu-Anspach fraglich, da bereits die wesentlichen Fakten langjährig bekannt sind und der Handlungsbedarf unstrittig ist. Die Bürger wollen auch wissen, wofür in Zukunft die verfügbaren Mittel ausgegeben werden. In diesem Bereich steht eine große „gesellschaftspolitische Kraftanstrengung“ bevor., deshalb sollten die politischen Entscheidungen auch mindestens mittelfristig tragfähig sein.

Nach bisherigen Presseinformationen besteht zugleich wenig Hoffnung, dass der Bund in hohem Maße Geld zur Finanzierung der staatlichen Versorgungsleistungen (sogenannte versicherungsfremde Leistungen) aufkommen wird. Seit langem fordern die gesetzlichen Krankenkassen, dass sie von den rund zehn Milliarden Euro umfassenden Kosten für Bürgergeldempfänger oder andere staatlich zu finanzierenden Leistungen entlastet werden. Dass Leistungen aus der Kranken- oder Rentenversicherung für Menschen gezahlt würden, die keine Beiträge abgeführt hätten, sei immer so gewesen, sagte der Kanzler Merz Mitte Juli 2025 in einem Interview. Er räumte allerdings ein: „Der Umfang ist heute in der Tat kritisch.“ Die schwarz-rote Koalition wolle das Problem lösen, das gehe aber nicht mit kurzfristigen Entscheidungen, wie der Übernahme versicherungsfremder Leistungen.

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) hat bereits 2024 mit Rekordschulden und massiven Beitragssatzerhöhungen abgeschlossen. Die Kassen sagen bereits ein weiter steigendes Defizit und neue Beitragssprünge voraus. Anstatt zusätzlicher Bundesmittel will der Staat der GKV und der sozialen Pflegeversicherung für die Jahre 2025 und 2026 lediglich Darlehen im Umfang von zusammen 6,6 Milliarden Euro gewähren. Da fragt sich der Seniorenbeirat der Stadt Neu-Anspach, wieso bei dem Handlungsdruck weiterhin abwartend agiert wird und dadurch nur die Beitragsbelastungen bzw. die Zusatzbeiträge durch die Rückzahlung der Darlehen weiter steigen.

Mit einem „kleinen Sparpaket“ will Bundesgesundheitsministerin Nina Warken die Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) im Zaum halten. „Wir haben uns innerhalb der Regierung darauf geeinigt, dass die Beiträge stabil bleiben“, betonte die CDU-Politikerin in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ am 12.10.2025. Das Kabinett werde am 15.10.2025 über die Sparvorschläge beraten. Die Gesundheitsministerin Warken hat bereits vorher die Erhöhung der Zuzahlungsgrenzen für Eigenanteile nicht mehr ausgeschlossen oder ob es eventuell zu Leistungskürzungen bei Gesundheit und Pflege kommen wird. Warken will auch die Beiträge zur Pflegeversicherung stabil halten. Momentan berate die Koalition darüber, wie das Finanzloch von zwei Milliarden Euro gestopft werden könne, so die Ministerin. Die im Juli eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Pflege hat ihren ersten Zwischenbericht vorlegt. Leider enthält der Zwischenbericht noch keine konkreten Maßnahmen. Eine

Vollversicherung ist nicht geplant. „Gemeinsames Verständnis ist, dass die soziale Pflegeversicherung auch nach der anstehenden Reform als Umlage- und Teilleistungssystem ausgestaltet bleibt“, heißt es in dem Bericht. Die Arbeitsgruppe zur Finanzierung wurde beauftragt, Konzepte zur „Begrenzung beziehungsweise Dämpfung der Eigenanteile“ zu prüfen. Insbesondere die Länder fordern dem Bericht zufolge, „versicherungsfremde Leistungen konsequent aus Steuermitteln“ zu finanzieren. Der Pflegevorsorgefonds soll weiterentwickelt und die Pflegegrade sollen „grundsätzlich beibehalten werden.“ Die Leistungen des zuletzt diskutierten Pflegegrades 1 sollen „stärker auf Prävention konzentriert werden“. Die Vorschläge lassen völlig offen, wie mehr Pflegeplätze entstehen sollen. Die finanzielle Entlastung der Pflegeversicherung wird vage angedeutet, alles Weitere wird vertagt bis 2026 oder sogar 2027“, kritisiert der Pressesprecher Euler.

Gerade ältere Menschen und chronisch Kranke werden hierdurch besonders hart belastet. Aus Sicht des Seniorenbeirats drängt die Zeit, die Demografie wartet nicht und weitere finanzielle Belastungen der Bürger sollten als letzte Option angedacht werden, betont deren Pressesprecher Harry Euler. Er wünsche sich daher schnelle Lösungsvorschläge von dem Expertengremium und nicht erst eine Umsetzung im Jahr 2027. Was bis zur Mitte der Wahlperiode nicht entschieden wird, wird wahrscheinlich auch in der zweiten Hälfte nicht mehr umgesetzt. Die Summe der Sozialversicherungsbeiträge liegt in Deutschland unter anderem wegen der steigenden Kassenbeiträge inzwischen bei 42 Prozent und für das kommende Jahr sind weitere Steigerungen ohne zeitnahe Stabilisierungsentscheidungen zu erwarten. Die Beitragszahler der gesetzlichen Sozialversicherung erhoffen sich zeitnahe politische Entscheidungen zur Stabilisierung der Systeme ohne weitere finanzielle Belastungen nur der Beitragszahler. Hier müssen die politisch Handelnden deutlich vor dem Ende der Legislaturperiode die strukturellen Probleme lösen, damit die vorherigen Sozialversicherungsbeitragsziele mit der Marke von 40 Prozent wieder erreicht werden.